

Frage 09: Welche Maßnahmen werden Sie setzen/unterstützen, um Gefahren für die grundrechtlich gesicherte rechtsstaatliche Ordnung zu begegnen?

ÖVP

Wir bekennen uns vorbehaltlos zum modernen Rechtsstaat, der den Bürgerinnen und Bürgern Schutz gibt und ihre Chancen sichert. Der demokratische Rechtsstaat muss die Grundrechte verlässlich gewährleisten und die Bürger vor inneren und äußeren Gefahren bewahren. Wir akzeptieren keine rechtsfreien Räume. Egal ob es sich um extremistische Aktivitäten von rechts, links, ökologischen oder islamistischen Extremismus handelt – wir gehen mit der vollen Härte des Gesetzes dagegen vor und passen die Gesetze entsprechend an, wie z.B. durch das Messertrageverbot und strengere Regelungen für Klimaproteste.

SPÖ

Für die SPÖ stehen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unverrückbar im Zentrum der Politik. Zur Wahrung und Garantie von Freiheit und Demokratie und für eine saubere und transparente Politik ist ein stabiler und verlässlicher Rechtsstaat das Fundament. Um einen funktionierenden Rechtsstaat zu garantieren, müssen die Gerichte und Staatsanwaltschaften aber auch die Justizanstalten mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, um ihre wichtigen Aufgaben effizient und ohne unnötige Verzögerungen erfüllen zu können. Es gilt, die besten Köpfe für die Arbeit im Rahmen der Gerichtsbarkeit zu interessieren und zu gewinnen. In einer eigenen Justizakademie soll für alle Gruppen von Bediensteten Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit dem Schwerpunkt Grundrechte angeboten werden. Die Absolvierung gewisser Kurse soll auch zwingende Voraussetzung für die Bewerbung um Führungspositionen sein.

FPÖ

Wesentlich ist für uns als FPÖ in dieser Hinsicht der Ausbau der direkten Demokratie, um das Volk mehr in die politischen Entscheidungen einzubinden und den echten Volkswillen abzubilden. Die Stärkung der direkten Demokratie soll der Bevölkerung auch als Schutzschild gegen den Missbrauch der demokratischen Institutionen, durch einzelne Personen oder Parteien, dienen. Konkret soll es auch die Möglichkeit einer ‚Volksinitiative zur Gesetzgebung‘ geben, damit ausnahmsweise und unter hohen Hürden die Bevölkerung auch die Möglichkeit bekommt, Anliegen, die ihnen besonders wichtig sind, auch als Gesetz initiieren zu können. Überdies sollte es eine Vetovolksabstimmung geben, damit nicht nur der Nationalrat, sondern auch die Bevölkerung eine Volksabstimmung veranlassen kann – ebenso unter Hürden und als Ergänzung zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie.

Der Schutz des freiheitlichen Rechtsstaats ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Arbeit. Es ist jedoch wichtig, den Schutz des Rechtsstaats nicht als Ausrede zur Verhinderung anstehender Reformen und Änderungen der gesetzlichen Grundlagen, wie es Aufgabe des Parlaments ist, zu missbrauchen.

GRÜNE

Wenn es darum geht, unsere Demokratie und Ordnung zu schützen, ist unser Ansatz, mit der Verteidigung von diesen immer so früh wie möglich zu beginnen. Grundsätzlich ist es eine

gesamtgesellschaftliche Aufgabe, unsere demokratischen Werte zu verteidigen. Es braucht ein offenes Bildungssystem, dass Kindern und Jugendlichen die Werkzeuge in die Hand gibt, selbst kritisch zu denken. Desinformationskampagnen müssen durch Aufdeckung und Aufklärung über deren Gefahren begegnet werden. Darüber hinaus braucht es Extremismus-Prävention, die dort ansetzt, wo die Leute auch wirklich sind: in der Arbeit, beim Sport, in Jugendanlaufstellen, in den Gemeindezentren, aber eben auch im digitalen Raum wie in den sozialen Medien. Außerdem werden wir weiter daran arbeiten, dass unser Nachrichtendienst effizient arbeitet und Kontrolle ausüben, damit die Befugnisse nicht missbraucht werden. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt und nicht eingeschränkt werden und dass Journalist:innen in einem sicheren Umfeld arbeiten können.

NEOS

Rechtsstaat, liberale Demokratie und Grundrechte bedingen einander. Wer den Rechtsstaat bekämpft will also die Demokratie schädigen und Grundrechte unterwandern. Österreich wurde in vielen aktuellen Berichten leider kein gutes Zeugnis ausgestellt. Wir NEOS setzen uns daher für genügend Ressourcen in der Justiz und andere demokratische Institutionen, ein Ende der Postenkorruption in der Verwaltung und eine unabhängige Bundesanwaltschaft ein, um einen funktionierenden Rechtsstaat zu gewährleisten.

KPÖ

Eine wesentliche Voraussetzung für Radikalisierung sind vor allem ausgegrenzte, prekäre und sozial instabile Verhältnisse, in denen antidemokratische Ideen auf fruchtbaren Boden fallen. Darum geht es der KPÖ zuvorderst darum, für eine Gesellschaft zu sorgen, in der sich alle demokratisch und durch sinnstiftende Arbeit einbringen können. Eine gute Sozialpolitik ist ein zentrale Baustein einer guten Sicherheitspolitik.